

Die religiöse Rechte in den USA

Der neue Graben

Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus der Studie des Autors *Amerika, Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis*, die bereits vor der Wahl des amerikanischen Präsidenten abgeschlossen wurde. Die Studie erscheint im Dezember 2004 bei Matthes & Seitz Berlin.

Von Josef Braml

Wie wichtig und tragfähig ist die außenpolitische Plattform bei dem Bemühen, die Allianz der Republikaner mit der Christlichen Rechten zu festigen? Sind derartig fundierte christlich-rechte Machtstrukturen für das transatlantische Verhältnis von Bedeutung? Ein außenpolitischer Themenfokus ist für Amtsinhaber Bush wichtig, um dauerhafte Republikanische Mehrheiten auf religiös rechter Basis zu gewährleisten. Der Kampf gegen den Terrorismus könnte neue Macht- und Wertestrukturen etablieren, die langfristig wirkmächtig bleiben: Ein derartiges religiöses Establishment würde nicht nur weiterhin versuchen, das Weltbild und den Kurs amerikanischer Außenpolitik zu beeinflussen, sondern auch für den innenpolitischen Rückhalt zur militärischen Durchsetzung seiner Werte sorgen. Das würde zur weiteren inneren Polarisierung Amerikas beitragen und Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen produzieren.

Ein religiös-moralisches Weltbild

Für die Strategen der Republikaner bleibt es ein schwieriger Balanceakt, die Christliche Rechte gewogen zu halten, ihr Wähler- und Wahlkampfpotential zu mobilisieren, ohne dabei die Unterstützung gemäßigter, werteliberaler Republikaner aufs Spiel zu setzen. Die Aufrechterhaltung der Allianz mit der Republikanischen Partei ist auch für die Strategen der Christlichen Rechten nach wie vor eine heikle Gratwanderung: Das Ringen um politische Macht erfordert pragmatische Zugeständnisse. Vor allem in der innenpolitischen Auseinandersetzung läuft man Gefahr, die moralischen Prinzipien preiszugeben, die zur Mobilisierung der eigenen Basis wichtig waren und die insofern eine Grundvoraussetzung für die politische Arbeit bilden. Christliche Fundamentalisten hegen strikte Überzeugungen, nach denen die Welt in Gut und Böse aufgeteilt ist; im politischen Spektrum hingegen müssen Kompromisse im pragmatischen Graubereich gefunden werden, die sich den Schwarz-Weiß-Kategorien einer dichotomen Weltsicht entziehen.

Konsensfähige außenpolitische Themen sind wichtig, um eine dauerhafte Koalition zu schmieden. Besonders Fragen der nationalen Sicherheit bieten eine tragfähige Plattform, auf der sich konservative Eliten

und Wähler verschiedener Richtungen versammeln können – und ein Bindemittel, um die Kohäsion einer breiteren, dauerhaften Republikanischen Mehrheit zu gewährleisten. Angesichts der terroristischen Bedrohung scheint ein inneres Zusammenrücken im Kampf gegen den äußeren Feind notwendig. Laut Präsident Bush haben die Terroristen vom 11. September den »American way of life« angegriffen, einen Weg, der von Gott vorgezeichnet sei. Amerika fühlt sich zwar angeschlagen, aber dennoch gewappnet und ist sich gewiss, unter der starken Führung seines Präsidenten das »Böse« zu besiegen. Wie schon Präsident Reagan – in einer Rede vor Evangelikalen – dem »Reich des Bösen« den Kampf angesagt hatte, mobilisierte Präsident Bush Amerika für den Kampf gegen die »Achse des Bösen«.

Karl Rove, der strategische Kopf der Republikaner und Vertraute des Präsidenten, versucht, eine permanente Republikanische Mehrheit aufzubauen. Diese strukturelle Mehrheit würde ein »realignment«, eine dauerhafte Veränderung der Wählerstruktur und damit des Wahlverhaltens voraussetzen. Sie vollzöge sich neben wirtschaftlichen und werteorientierten Fragen vor allem im Hinblick auf Themen der nationalen Sicherheit. Die Sicherheitsbedrohung bot dem Präsidenten eine Gelegenheit, in Wahlkämpfen für seine entschlossene Politik gegen den Terrorismus zu werben. Das Thema der nationalen Sicherheit war entscheidend bei den Zwischenwahlen 2002 und wird auch künftig Priorität im Kalkül der Wähler und Wahlstrategen des Präsidenten haben.

Die politische Sprengkraft der Anschläge vom 11. September 2001 wird um so deutlicher erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass frühere massive Umstrukturierungen von Parteiloyalitäten im Gefolge nationaler Krisen erfolgten: Zu einer Wählerschaft von 30 Millionen Menschen, die im Sicherheitssektor ihren Lebensunterhalt verdienen, kommen nunmehr jene unzähligen Amerikaner hinzu, die um ihr Leben fürchten. Das Datum »Nine Eleven« – die neue Bedrohungslage und deren Perzeption – könnte durchaus tektonische Verschiebungen in der Wählerstruktur zeitigen, wenn es dem Präsidenten und seiner Partei in den Augen der Amerikaner gelingt, entschlossen im Kampf gegen den Terrorismus zu handeln und das Land vor weiteren Angriffen zu schützen.

Für den wahrscheinlichen Fall, dass sich der Kampf gegen den Terrorismus noch lange hinziehen wird, werden die Wahlkampfstrategen der Republikaner und vor allem die Christliche Rechte sicherheitspolitische »Existenzfragen« sowie moralische und religiöse Themen im Zentrum der politischen Agenda zu halten versuchen und damit auch den Rahmen für die Auseinandersetzung um die politische Macht in den Vereinigten Staaten festlegen.

Aus der historisch fundierten Perspektive Walter Russell Meads vom Council on Foreign Relations, eines der scharfsinnigsten Beobachter amerikanischer Außenpolitik, ist das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch-religiöser Bewegungen eine der bedeutsamsten kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten. Sie bildet die Grundlage für ein neuartiges (außen)politisches Establishment. Dieses neue religiöse Establishment werde zusehends versuchen, seiner Weltsicht politische und militärische Kraft zu verleihen: »In dem Maße, wie sich amerikanische Außenpolitik um den Kampf mit Fanatikern im Mittleren und Nahen Osten [Middle East] dreht, die ihrerseits daran glauben, einen religiösen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, wird die religiöse Führung konservativer Protestanten eine Hauptrolle dabei spielen, die Werte und Ideen zu artikulieren, für die viele Amerikaner bereit sein werden zu kämpfen.«

Damit bleiben Faktoren eines möglichen »realignment« im nationalen wie internationalen Kontext wirksam. Die Machtsymbiose zwischen der religiösen Rechten und den Republikanern würde – im doppelten Sinne des Wortes – Sinn machen: Sie könnte ein polarisierendes Weltbild in der amerikanischen politischen Auseinandersetzung etablieren, das Fernwirkungen auf die reale Welt haben wird.

Begrenzter Handlungsspielraum

Der Einfluss der Christlichen Rechten begrenzt auch den Handlungsspielraum des Präsidenten bei außenpolitischen Themen, denen seine Stammwähler Priorität einräumen. Die aktuelle Veröffentlichung einer längerfristig angelegten Datenreihe des Pew Research Center kam zu dem Ergebnis, dass Republikaner und Demokraten in Fragen nationaler Sicherheit so weit auseinander liegen wie nie zuvor. Während die Republikanische Wählerschaft nationaler Sicherheit einen erheblich höheren Stellenwert beimisst, was sich in ihrer höheren Bereitschaft zeigt, nunmehr auch die präemptive Anwendung militärischer Gewalt sowie im Kampf gegen den Terrorismus die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte zu akzeptieren, sprechen sich die Demokraten – nicht zuletzt infolge des Irakkrieges – immer häufiger gegen die Anwendung militärischer Gewalt aus. Für 69 Prozent der Republikaner ist zum Beispiel »militärische Stärke der beste Weg, den Frieden zu sichern«; in der Demokratischen Wählerschaft hingegen befürworten nur 44 Prozent militärische Stärke. 1997 war das Verhältnis noch 65 zu 56 Prozent; Mitte der neunziger Jahre gab es also deutlich mehr »Falken« in den Reihen der Demokraten.

Die Republikaner bleiben eher geneigt, militärische Gewalt anzuwenden – vor allem der harte Kern der evangelikalen Christen. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt setzen sie mehr auf militärische Stärke als auf Diplomatie, um Frieden zu gewährleisten. Gemäß einer Umfrage spielen sogenannte »strength issues« – militärische Stärke und Härte im Kampf gegen den Terrorismus, gegen das »Böse« – für weiße Evangelikale eine äußerst wichtige Rolle. Für 93 Prozent ist es »extrem/sehr wichtig«, Amerikas Militär schlagkräftig zu halten.

Christlich Rechte sind auch davon überzeugt, »dass Frieden im Nahen Osten nicht mit vertraglichen Vereinbarungen, diplomatischen Gesten oder wohlwollenden Gefühlen erreicht werden kann.« Laut Gary Bauer »wird nur ein starkes und lebensfähiges Israel im Konzert mit den mächtigen und resoluten USA Frieden erreichen.« In gleichem Sinne begrüßte die Christliche Rechte das kompromisslose Vorgehen Präsident Bushs gegen das Tyrannen-Regime in Bagdad.

Im Vorfeld des Irakkrieges konnte sich der Präsident der Unterstützung seiner religiösen Wählerschaft an der politischen Heimatfront sicher sein. Angesichts der Polarisierung der öffentlichen Meinung in der Irakfrage war diese Unterstützung für ihn notwendig, um seinen außenpolitischen Kurs durchsetzen zu können. Im Gegenzug verpflichtet sie den Obersten Befehlshaber aber auch, Kurs zu halten.

Nach dem Waffengang im Zweistromland haben sich in den USA die innenpolitischen Fronten weiter verhärtet. Der Kampf gegen den Terrorismus könnte für Präsident Bush Risiken bergen: Der Irakkonflikt wird im Wahlkampf um das Präsidentenamt die Wählerschaft des Herausforderers, Senator John Kerry, mobilisieren helfen. Laut einer Umfrage treibt die Irakfrage neun von zehn Demokraten um: Für 40 Prozent von ihnen ist dieses Thema »sehr wichtig«, für weitere 48 Prozent gar »extrem wichtig«, wenn sie am 2. November ihre Wahlentscheidung treffen.

Für Präsident Bush bleibt es demnach oberste Priorität, sich seiner Stammwähler zu versichern – indem er im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin die nötige Härte zeigt und im Irak standhaft bleibt. Wenige Monate vor den Wahlen im November hielten es acht von zehn Parteigängern des Präsidenten der Mühe wert, den Krieg gegen den Irak zu führen (79 Prozent der Demokraten nicht). Gemäß einer Studie des Pew Research Center und des Council on Foreign Relations vom August 2004 sind nach den Erfahrungen im Irak nur 44 Prozent der Demokraten der Meinung, dass präemptive Kriegführung gegen potentielle Feinde gerechtfertigt sei, während im Lager der Republikaner eine überwältigende Mehrheit (88 Prozent) den präemptiven Einsatz militärischer Mittel billigt.

Religiöse Einstellungen spielen auch in der Frage des Irakkrieges eine signifikante Rolle: Häufige Kirchgänger bleiben eher geneigt, ihn zu unterstützen, als weniger religiöse Amerikaner. Vor allem weiße evangelikale Protestanten sind nach wie vor der Auffassung, dass der Waffengang im Irak »gerechtfertigt« ist, und sieben von zehn (72 Prozent) der Evangelikalen halten darüber hinaus am Konzept der präemptiven Krieg-

führung fest. Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Kompromissfähigkeit des amerikanischen Präsidenten bei existentiellen Fragen der Sicherheit Amerikas und nicht zuletzt auch Israels.

Divergenzen in den transatlantischen Beziehungen

Der wachsende Einfluss der Christlichen Rechten, ja die zunehmend christlich-rechte Legitimation der Amtsführung der Bush-Administration hat zur transatlantischen Entfremdung beigetragen. Dissonanzen zeigten sich vor allem im Hinblick auf den Waffengang im Irak und den Nahostkonflikt. Sie sind nicht nur auf rhetorische Entgleisungen einiger Protagonisten und politische Stillfragen amtierender Regierungen zurückzuführen, sondern auch auf tiefgreifende strukturelle Besonderheiten, die in der Gesellschaft und im politischen System der Vereinigten Staaten verankert sind.

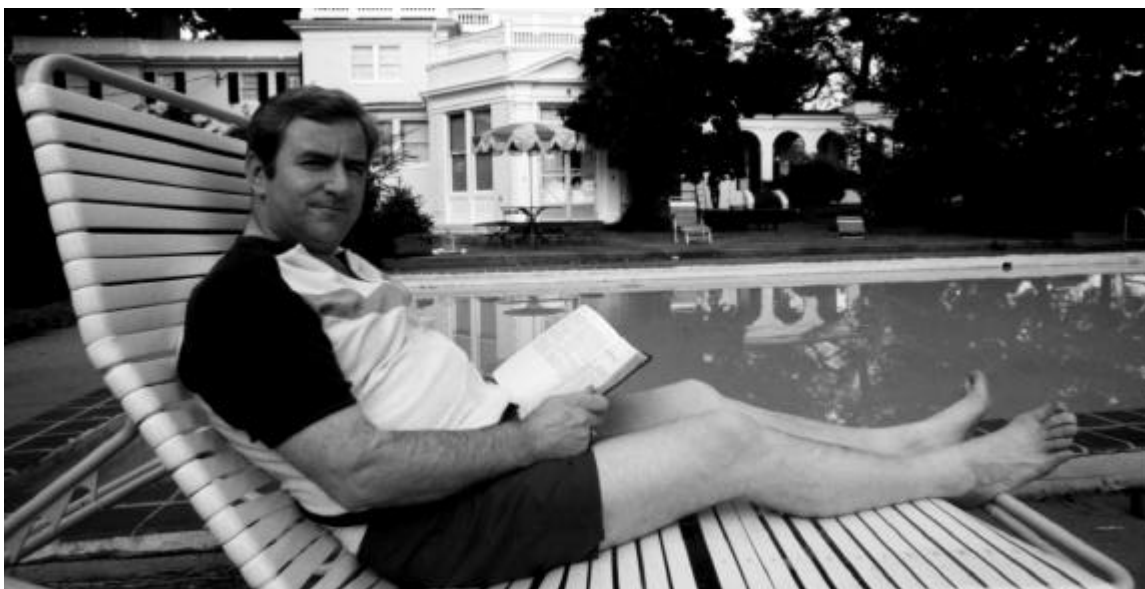
Vor diesem Hintergrund stehen die transatlantischen Beziehungen vor immensen Herausforderungen. Die meisten Europäer wollen die außenpolitischen Beziehungen mit den USA lockern. Selbst die Bürger traditionell enger Verbündeter Amerikas sprechen sich dafür aus, bei Sicherheits- und diplomatischen Fragen einen unabhängigeren Weg einzuschlagen. In einer Umfrage im April/Mai 2003 des Pew Research Center befürworteten zum Beispiel 45 Prozent der britischen Bevölkerung, die Mehrheit (57 Prozent) der Deutschen und drei Viertel der Franzosen (76 Prozent) eine größere Distanz zu den Vereinigten Staaten. Diese Tendenz ist steigend: Knapp ein Jahr später, im Februar/März 2004, wurde die Distanzierung der Europäer von den USA noch markanter. 56 Prozent der Briten, 63 Prozent der Deutschen und 75 Prozent der Franzosen votierten dafür, dass in militärischen und diplomatischen Angelegenheiten der außenpolitische Kurs Europas unabhängiger von dem der USA sein sollte. Eine aktuellere Umfrage des German Marshall Fund (GMF) bestätigt diese Umorientierung: Drei Fünftel der europäischen Bevölkerung (59 Prozent),

allen voran die Franzosen (73 Prozent), aber auch die Mehrzahl der Deutschen (60 Prozent), halten die amerikanische Führungsrolle für nicht wünschenswert.

Eine differenziertere Analyse zeigt, dass diese Entfremdung größtenteils der Politik des amtierenden Präsidenten geschuldet ist: Knapp drei Viertel (74 Prozent) der Deutschen und Franzosen sowie 59 Prozent der Bevölkerung Großbritanniens sind nicht generell kritisch gegenüber Amerika eingestellt, sondern beziehen ihre Kritik konkret auf Präsident George W. Bush. Dieser »Anti-Bush-Faktor« wurde einmal mehr in der aktuellsten GMF-Studie deutlich: Drei Viertel (76 Prozent) der Bevölkerung Europas (Deutschland: 86 Prozent) sind gegen die Außenpolitik der Regierung Bush.

Initiativen in der Nahostpolitik sind nach wie vor mit einem hohen Risiko des Scheiterns behaftet, nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks Christlicher Rechter in den USA. Sie bilden eine wirksame Allianz mit neokonservativen Gegnern der Zwei-Staaten-Lösung, die vom sogenannten Nahostquartett – bestehend aus den USA, der EU, der Russischen Föderation und den Vereinten Nationen – in Form einer »Wegskizze« (Road Map) vorgezeichnet wurde. Neokonservative Vordenker, die früher nicht selten als »Häuptlinge ohne Indianer« geschmäht wurden, wissen nunmehr um ihre erweiterte Machtbasis im Kongress und in der amerikanischen Gesellschaft. Eine über das rhetorische Bekenntnis zur »Road Map« hinausgehende Forderung und Druck auf beide Konfliktparteien, den Weg zur Friedenslösung gleichzeitig und ohne Vorbedingungen zu beschreiten, würde Präsident Bush und seine Parteigänger im Kongress in eine wahlstrategische Sackgasse führen. Auch in langfristiger Perspektive – im Hinblick auf strukturelle Mehrheiten der Republikaner in Weißem Haus und Kongress – wird Bush selbst nach seiner Wiederwahl nicht allzuviel politisches Kapital aufs Spiel setzen wollen.

Künftig könnten sich transatlantische Divergenzen gar noch weiter vertiefen: Neben ihrem Einsatz gegen



Jerry Falwell, Fernseh-Evangelist und führender Prediger der Religiösen Rechten, bei der Bibellektüre am Pool vor seinem Haus in Lynchburg, VA (Foto: Wally NcNamee / Corbis)

die »Road Map« betreibt die Christliche Rechte auch nachhaltiges Lobbying für Sanktionen gegen Syrien und den Iran.

Die Bush-Administration signalisierte bereits am 16. September 2003 durch John Bolton, den Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit, dass sie sich nicht länger der im Kongress – vor allem von der jüdischen und christlich-rechten Lobby – geforderten härteren Gangart verwehre: »Wir ziehen es vor, diese Probleme mit friedlichen und diplomatischen Mitteln zu lösen«, erklärte Bolton bei einer Anhörung im Kongress. »Aber der Präsident machte auch sehr deutlich«, so Bolton weiter, »dass wir keine Option vom Tisch nehmen.«

Christliche Rechte wie Tom DeLay machen Damaskus für Anschläge der Hizbollah und anderer terroristischer Gruppen verantwortlich. Deshalb solle Syrien auf der Liste jener Länder des State Department verbleiben, die Terrorismus unterstützten. Des weiteren gelte, dass Syriens Massenvernichtungswaffen und ballistische Waffenprogramme die Sicherheit im Nahen Osten sowie nationale Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika bedrohten.

Unter der Federführung Senator Sam Brownbacks, des maßgebenden Koordinators des Value Action Teams im Kongress, sollen die Oppositionellen im Iran sowie Dissidenten – besonders iranische Rundfunk- und Fernsehsender in den USA – finanziell und »moralisch« unterstützt werden. Die aktuellen Bemühungen Christlicher Rechter gehen aber noch weiter: Nach Angaben der Washington Post (»Die USA stehen vor einem Scheideweg ihrer Iranpolitik«) will sich Senator Sam Brownback im Kongress gar für einen »Regimewechsel« im Iran stark machen – nach dem Vorbild des Iraq Liberation Act.

Diese Initiativen – die sich von den Politikvorstellungen deutscher und europäischer Vermittler unterscheiden – verdeutlichen, dass der Handlungsspielraum der amerikanischen Exekutive in der Nahostpolitik von christlich-rechten Interessengruppen und deren Repräsentanten im Kongress mitbestimmt wird. Christliche Rechte werden nachhaltig versuchen, über den legislativen Machthebel Einfluss auf die Exekutive zu nehmen: »Christliche Rechte werden künftig stärker in einige der Nahost-Themen involviert sein« – so Jim Backlin, Chef-Lobbyist der Christian Coalition.

Fazit

Das christlich-rechte Wähler- und Wahlkampfpotential ist für den Machterhalt der Republikaner im Weißen Haus und im Kongress notwendig. Der Einfluss Christlicher Rechter auf amerikanische Politikvorstellungen bleibt bestehen, wie auch immer die Wahlen ausgehen mögen. Außenpolitische Akteure in Europa sollten sich bewusst sein, dass die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten ein bedeutendes und bleibendes politisches Gewicht hat.

Für den Fall, dass Amtsinhaber Bush nicht wiedergewählt werden sollte, könnte die Christliche Rechte zwar im »Entscheidungskampf« gegen den Terrorismus und im innenpolitischen »Kulturkampf« nicht

mehr auf Gleichgesinnte im Weißen Haus und in der Administration zählen. Doch selbst dann bliebe das über Jahrzehnte kultivierte Organisationsgeflecht der Christlichen Rechten in der amerikanischen Gesellschaft wirkmächtig, nämlich über ihren organisatorischen Transmissionsriemen zur Legislative sowie über Netzwerke und Arbeitskreise gleichgesinnter Repräsentanten und Senatoren im Kongress. Christliche Rechte bleiben auf absehbare Zeit innen- und außenpolitisch relevante Akteure, die amerikanische Präsidenten – und die mit ihnen verhandelnden internationalen Partner – ernst nehmen sollten.

Deutsche Regierungsvertreter, die sich um ein stärkeres Engagement europäischer Außenpolitik im Nahen Osten verdient gemacht haben, müssen bei ihren Initiativen auch den Einfluss Christlicher Rechter auf den möglichen Kurs amerikanischer Außenpolitik ins Kalkül ziehen.

Das religiös-moralische Gewicht der Christlichen Rechten über den legislativen Machthebel und die politische Basisarbeit auf der Graswurzelebene wird bis auf weiteres den Handlungsspielraum amerikanischer Präsidenten mitbestimmen – vor allem bei politischen Initiativen im »Heiligen Land«.

Deutsche wie europäische Politiker wären gut beraten, dieses Engagement zu berücksichtigen, wenn sie sich umfassendere Gedanken zur Neugestaltung des »Greater Middle East« machen.

Vor allem im Hinblick auf eine gemeinsame Politik gegenüber Syrien und Iran sollten europäische Akteure auch das Gespräch mit christlich-rechten Interessenvertretern und Politikern suchen und sich bemühen, die unterschiedlichen Einschätzungen der Realität und die verschiedenen Vorgehensweisen einander anzunähern.

Möglichkeiten transatlantischer Verständigung sind auch beim gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus in anderen Regionen gegeben. Die Befriedung Afghanistans wurde zum »Testfall« der Nato erhoben – dem traditionellen Eckpfeiler transatlantischer Verständigung. Gelingt es, in dieser Region weiterhin gemeinsame Projekte und Initiativen durchzuführen, so hätte dieser Erfolg Vorbildcharakter und böte Verantwortlichen dies- und jenseits des Atlantik eine gute Ausgangsbasis, ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine stabilere Weltordnung fortzusetzen.

Regierungsvertreter sowie zivilgesellschaftliche Akteure diesseits des Atlantik sollten versuchen, die sich verhärtenden Positionen jenseits des transatlantischen Wertegrabens im Dialog aufzuweichen: Damit religiöse Standpunkte und Weltbilder Christlicher Rechter in Amerika nicht die Perspektiven für gemeinsame Interessen und künftige gemeinsame Herausforderungen verstellen und zu einer gravierenden langfristigen Belastung der transatlantischen Beziehungen werden.

Vorabdruck mit freundlicher Erlaubnis des Verlags aus:

Josef Braml, Amerika, Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis

Matthes & Seitz Berlin, Dezember 2004

ISBN 3-88221-854-1, Broschur, ca. 130 Seiten, Euro 14,90